



Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhofs (A 7) 3600—3665. Fernverkehr: Dönhofs 3666—3698. Telegramme: Ullsteinbahn, Berlin. Fernschreib-Kontor: Berlin 56. Monatlich 3,00 M (einschl. 1 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtheit: Dr. Gerhard Thimm, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zelle 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zelle 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Auswärts 15 Pf.] . Nr 174

MITTWOCH, 12. APRIL 1933

ABEND-AUSGABE

Die neue Ländergewalt

Volksfest der deutschen Arbeit

Der Reichskanzler gibt den Vierjahresplan bekannt

Mit der Ernennung des preussischen Ministerpräsidenten Göring ist die am 20. Juli eingeleitete Preußen-Aktion beendet. Sie war hauptsächlich eine Reichsregierung, die Beschlüsse wird von der Reichsregierung der Form abgeben und das Ergebnis werden.

Die Reichsregierung wird aus dem Tag der nationalen Arbeit am 1. Mai ein Volksfest machen. Im Mittelpunkt soll der deutsche Arbeiter stehen. Der Reichskanzler wird eine Erklärung verlesen, die dem deutschen Arbeiter gemeldet sein wird. In dieser Erklärung wird er den bisher nur im Grundriss verfaßten Vierjahresplan in seinen Einzelheiten bekanntgeben, soweit er sich über das erste Jahr erstreckt. Die Absichten der Reichsregierung für die Feier des 1. Mai werden dabei nach Angaben der zuständigen Stelle folgen-demmaßen umrissen:

eine feierliche Flaggenhissung erfolgt. Am 11. Juli findet die große Rundgebung im Lustgarten statt, auf der Reichsminister Dr. Goebbels sprechen wird. In der Zeit zwischen 17 und 18 Uhr finden die Big-Bandkonzerte der Reichsarmee, der G.M., Stahlhelm, der Polizei und anderer Verbände statt. Am 18. Juli werden Abordnungen der deutschen Arbeiterschaft aus ganz Deutschland und auch aus Oesterreich vom Reichskanzler empfangen werden, die, wie bereits bekanntgegeben wurde, im Flugzeug nach Berlin gebracht werden.

Die Befreiung der fast neun Monate, die seit jenem 20. Juli vergangen sind, nicht die Erörterung der Umwälzung, die erleitet haben, erneuert. Damals war Reichskanzler der jetzige Reichskanzler von Papen. Er wurde zum Reichskommissar bestellt mit der Vollmacht, als Ministerpräsident zu fungieren. Damit war die erste Gleichschaltung vollzogen worden. Aber die von dem Weimarer Verfassung aufgestellten Schranken machten die volle Gleichschaltung unmöglich. Die Weimarer Verfassung hatte zwischen Liberalismus und Föderalismus einen Kompromiß hergestellt. Zwar hätte die Reichsregierung darauf abgesehen, die Weimarer Verfassung abzuändern, aber ein nachhaltiger Widerstand einer Landesregierung gegen die große Linie der Reichspolitik auf die Dauer nicht möglich war, aber zum Ausgleich werden rechtlich unübersteigbare Schranken zum Schutz der Eigenpersönlichkeit der Länder errichtet worden. Da die Weimarer Verfassung nicht verfallen wollte, so kamen diese Schranken zur Geltung, und das war der Sinn des berühmten Berliner Spruchs im Oktober 1932. Das Reich erhielt damals von den obersten Richtern zum Ausdruck, was ihnen die Verfassung nicht ausschließen ließ, aber die völlige Gleichschaltung war auf diesem Wege nicht herbeizuführen. Wohl war noch die preussische Staatsregierung nur eine Schattenregierung, aber dieser Schatten lag quer zur wirklich die Geschäfte führenden Regierung.

Der deutsche Arbeiter darf nicht wieder das Objekt des freien Spiels der Kräfte werden, denn dieses freie Spiel der Kräfte hat dazu geführt, daß der größte Teil des deutschen Volkes proletarisiert wurde und den jetzigen Zusammenhalt untereinander verlor. Der deutsche Arbeiter soll wieder ein vollberechtigtes Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft werden, er soll erkennen, daß er seine Interessen nicht im Klassenkampf am besten wahrt, sondern daß alle deutschen Stände es als Lebensnotwendigkeit ansehen, die wirtschaftliche Leistung des deutschen Arbeitlers zu sichern.

In der Zeit von 17 bis 20 Uhr sammeln sich die Verbände zum Anmarsch in Richtung Tempelhofer Feld, auf dem der eigentliche Höhepunkt des ganzen Tages, die feierliche Abendveranstaltung, stattfinden soll. Die Feier beginnt um 20 Uhr. Man rechnet damit, daß alles in allem etwa eine Million Menschen auf dem Tempelhofer Feld versammelt sein werden. Die Feier wird mit dem gemächlichen Gesang der ersten Strophe des Liedes „Der Gott, der Eisen walde lieg“ eingeleitet. Nach der Ankunft des Reichskanzlers und der Reichsregierung wird durch eine Abordnung der Hitler-Jugend neben der Kaiser-Fahnen die Ehren des Reichspräsidenten von Hindenburg eine junge Eiche unter den Klängen des Sport-Weißes-Liedes empfangen. Es wird sich dann ein großer Zapfenstreich und ein Feuerwerk anschließen und dann werden die Verbände durch die einzelnen Stadtteile festlich durchgezogen.

Die Schranken der Weimarer Verfassung sind jetzt weitgehend beseitigt. Die Länder sind im Begriff, ihre eigene Verantwortlichkeit aufzugeben, auszuüben für einen alles überstreichenden Reichsakt. Wenn die jetzt begonnene Arbeit weiter bedrängt wird, so wird, um ein Wort Ludwig Uhlands aus der Paulskirche abzuwandeln, kein Haupt über Deutschland leuchten, das nicht mit einem vollen Tropfen Reichsgewalt gesalbt ist.

Die Macht des deutschen Volkes beruht im geschlossenen Einig der Kräfte auf allen Gebieten. Die wirtschaftlichen Rechte und Pflichten müssen unantastbar festgelegt werden. In diesem Sinne wird der deutsche Arbeiter am 1. Mai handstreich demontieren, denn er weiß, daß sein eigenes Leben in diesen Händen ist. Das deutsche Volk soll auf diesem Wege seine unbedingte Solidarität mit der Arbeiterschaft befestigen.

Sämtliche Feierlichkeiten werden durch den Rundfunk übertragen. Sanftmütiger werden auf allen größeren Plätzen aufgestellt werden. Während der Übertragung werden in den einzelnen Städten die Verbände feiern abhalten, bei denen die Übertragung geführt wird, daran werden sich eigene Feiern anschließen.

Siehe auch zweite Seite

Nach sind wir im Übergang. Die Staatshalter werden Beauftragte des Reiches sein, denen die eigenwillige Verantwortung gegenübersteht. Der Dualismus ist noch nicht ausgeglichen, sondern zunächst ein Stadium tiefer gelegt. Allerdings fehlen in diesem Stadium manche Mittelstücke, die jetzt allmählich anmuten und einträglich werden können.

Das Programm des Feiertages liegt jetzt in den wesentlichen Einzelheiten fest. In den frühen Morgenstunden werden sich die Belegschaften in den Betrieben sammeln, wo

Eine Reihe von Funktionen des bisherigen Ministerpräsidenten hat der Staatshalter übernommen. In Preußen erkannte bisher der Ministerpräsident die übrigen Mitglieder der Staatsregierung, jetzt hat der Staatshalter dieses Recht und der Ministerpräsident übermittelte ihm nur die Befugnisse. In Preußen hat bisher der Ministerpräsident an das Reich, den Landtag aufzulösen und Steuern auszusprechen, dem Staatshalter zu. In Preußen hat bisher das Staatsministerium die Landesregierung ausgeführt und vertritt, künftig liegt hinsichtlich derjenigen Geschäfte, die von der Landesregierung beschlossen werden, dieses Recht dem Staatshalter zu. In Preußen wurden die oberen Beamten- und Richterstellen bisher von der Landesregierung besetzt, künftig liegt das Recht der Ernennung dem Staatshalter zu, der die entsprechenden Befugnisse von der Landesregierung erhält. In Preußen übte bisher das Gesamtministerium das Begnadigungsrecht aus, künftig liegt dieses Recht dem Staatshalter zu.

Das Weltändnis der Ingenieure

Heute Beginn des Moskauer Prozesses

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung
LONDON, 12. APRIL

die Welt übergeben zu haben, der es wiederum an den russischen Ingenieur Sabonoff weitergeleitet habe.

Die englische Regierung hat ein zweites ausführliches Dokument über die Verhaltungsaffäre der sechs englischen Viers-Teniers in Moskau veröffentlicht. Im Wesentlichen ist dem Bericht Weißbuch konzentriert sich das jetzt veröffentlichte auf die Untersuchungs-methode der russischen Seite und den Inhalt der Anlage. Die Anlage richtet sich nicht gegen die Metropolitan Viers als Gesamtheit, sondern in erster Linie gegen die englischen Ingenieure Thornton und Macdonald, die im Auftrag gewisser „Organisationen“ Spionage und Sabotage betrieben haben sollen.

Thornton hat dann später nach seiner Freilassung gegen Kaution angegeben, die G. P. U. habe ihn zu dem Weltändnis treiben wollen, daß er im Auftrag des britischen Geheimdienstes und mit Mitteln des britischen Konsulats gearbeitet habe. Die Erklärung des Moskauer Viers, eines Viers, soll ebenfalls unter Annahme von fortgeschrittenen Nachrichten zu dem Weltändnis gewonnen worden sein, daß Thornton zum britischen Konsulat 50 000 Rubel empfangen habe.

Wie das Weißbuch darlegt, ist von den beiden Angeklagten, die in 1928 in Moskau verhaftet wurden, ein Weltändnis erlangt worden. Macdonald soll angegeben haben, daß er im Auftrag Thornton's Spionagetätigkeit geleistet und von ihm Geld für diese Zwecke erhalten habe. Thornton soll angegeben haben, einem anderen der englischen Ingenieure, Nordwell, Geld für Sabotage-

Auch in der letzten Oberhausdebatte über das Gesetz zur Verhinderung der Einfuhr aus Sowjetrußland schilderte Lord Halifax nochmals die Behandlung der britischen Ingenieure in Moskau und erklärte, es sei eine Zielstellungsmethode der Sowjetregierung, die Verbote so lange fortzusetzen, bis die Praktiken alles dessen wert sind. Wenn jedoch das Weltändnis der Verbotsmaßnahmen durch die Ingenieure in Moskau eingeleitet ist, werden sie nicht mehr sehr zurechtfinden und gehindert. Die Erklärung des Staatsrats, daß zwei der Verbotsstellen die Zahlung von Geldern für wirtschaftliche und politische Spionage ausgehen hätten, ist völlig unklar. Die Befreiung des Viers ist nach einem Prozeß in Sowjetrußland ein Mittel, um ihn von einer allzu wirksamen Verurteilung abzuhalten. Unter Hinweis auf ein Buch des russischen Geheimdienstes, die Weltändnis erklärte Lord Halifax, wenn ein Mann vor ein sowjetisches Gericht gebracht werde, handelt es sich nicht darum, ob er schuldig oder nichtschuldig sei, sondern ob seine Verurteilung im Interesse des Staates liegt. Die britische Regierung hoffe, daß es nicht nötig sein werde, die ihr auf Grund des neuen Gesetzes erteilten Vollmachten anzuwenden, aber sie wolle der sowjetrussischen Regierung doch mit allen ihr zur Verfügung liegenden Mitteln helfen, wie ernst die Angelegenheit in England betrachtet werde, und daß das ganze englische Volk in dieser Sache hinter der Regierung stehe.

Es ist also die bisherige Landesregierungs-gewalt geteilt worden. Die obersten Befugnisse, wie sie gewöhnlich ein Staatsoberhaupt ausübt, sind dem Staatshalter übertragen. Dieser Teil der Staatsgewalt sieht ihnen oder nicht als Träger einer Landesregierungs-gewalt, sondern als Beauftragten der Reichsregierungs-gewalt, und für den größte Land, für Preußen, wird das durch die Bekräftigung mit dem Amt des Reichskommissars noch verstärkt.

Die Kosten der Schutzhaft

Erhebung des Innenministers

Die kommunistische Preussische Innenminister stellt in einem Rundschreiben an, daß eine Übersicht über die Kosten aufzustellen ist, die durch die Inhaftierung von politischen Gefangenen in den beiden letzten Monaten des Rechnungsjahres 1932 entstanden sind und die weiterhin voraussichtlich im Rechnungsjahr 1933 entstehen werden. Dabei soll u. a. auch angegeben werden, wie groß die Zahl dieser Gefangenen ist, die sich am 31. März 1933 in der Schutzhaft befinden.

Man würde jedoch irren, wollte man deshalb die Bedeutung der Landesregierungen neuer Art geringer einschätzen. Das ihnen oben abgenommen wurde, ist ihnen unten um so reichlicher hinzugefügt worden. Die 1932 vollzogene Fügung aller öffentlichen Geschäfte durch die Reichsregierung ein, und die von der Reichsregierung und Befehlspersonen macht die Landesregierung mit der ihr unmittelbaren unterstellten Regierungsgewalt nach wie vor zur obersten Instanz für eine Fülle der verschiedenartigen Aufgabenzweige, und der Umfang ihrer Vollmachten ist gegen früher nur gesteigert. Der kommenden organischen Neugliederung des Reichsaufbaus wird es vorbehalten sein, aus der Gemalten Teilung zwischen Reich und Ländern eine Aufgabenteilung einzuwickeln, die von der Reichsregierung und niedriger- und höherer Ordnung gemeinsam nicht nur ihre Autorität, sondern auch die Richtlinien ihrer Arbeit von der einen obersten Gebietskörperschaft empfangen; dem Reich.

Bei der Abstimmung nahm das Oberhaus das Gesetz über das Verbot der Einfuhr sowjetrussischer Erzeugnisse in zweiter und dritter Lesung an.